

Groeners enge Verbindungen mit Nazis

Der Bruder des SA-Führers Berlin-West ist persönlicher Adjutant des Reichsinnenministers. Naziführer erhalten Audienz

Das Zentralorgan der KPD, die Rote Fahne, veröffentlicht folgende sensationelle Meldung:

„Über die Bürgerkriegsvorbereitungen der Hitlerpartei gegen das Proletariat sind soeben neue Tatsachen bekannt geworden, die ein charakteristisches Licht auf die Beziehungen Groeners zu den SA-Führern werfen. Es stellt sich nämlich heraus, daß ein großer Teil des bei den Nazis beschlagnahmten Materials bei dem Freiherrn v. Wechmar in Berlin gefunden wurde. Freiherr v. Wechmar ist niemand anders als der Bruder des persönlichen Adjutanten des Reichsinnenministers Groener. Der Freiherr, bei dem das Material gefunden wurde, ist Führer der Nazigruppe Berlin-West und unterhält mit seinem Bruder, dem Hauptmann, ausgezeichnete Beziehungen.“

Gleichzeitig wird diese enge persönliche Verbindung Groeners mit den Nazis illustriert durch eine Audienz der Naziführer Frank II und Goehring, die am Sonnabend stattfand. Nach dieser Audienz veröffentlicht Goehring durch die jugendlichen Presseorgane eine Wiederholung der Unterredung, wonach Groener sich ablehnend zur Generalsachen „Affäre“ äußert und den Naziführern versichert hat, daß er nicht allein das Polizeimaterial, sondern auch das von dem Adjutanten Fräulein überreichte Material der KPD prüfen werde. Der Minister ließ sich kurz darauf ein „Dementi“ verbreiten, in dem bezeichnenderweise nur abgelehnt wurde, daß er sich über seine Stellung zur Polizeiaktion äußert habe.

Jetzt wird dazu bekannt, daß Nazi-Goehring nachträglich einige Sätze aus seiner Erklärung an die Telegraphenunion über den Inhalt der Unterredung geteilt habe, und zwar unzweifelhaft auf offizielle Benachrichtigung hin, daß man das soviel dementieren würde. In diesem Zusammenhang schreibt der Sonntag-Vormärts:

„Es erhebt sich die Frage: Wer hat Herrn Goehring zwischen der Ausgabe der ersten und der zweiten Fassung gewissen Text abzuweichen? Welche Stelle ist es gewesen, die ihn vorzüglich unterrichtet hat, daß ein Dementi erfolgen werde? Hier sind Dinge, über die volle Klarheit geschaffen werden muß!“

Der Vormärts stellt sich dann, um die betrogenen Anhänger der „Eisernen Front“ darüber hinwegzutäuschen, daß die Minister der Brüningregierung in jeder Beziehung engen Kontakt mit den Naziführern hatten und daß auch auf diesem Wege und mit Hilfe der von der SPD geführten Regierung die offizielle Bestätigung der Nationalsozialisten an der Regierungsgewalt vorbereitet wird. Die verbrecherische Politik des größten Meibes, der Schrittmacherei für die brutale faschistische Diktatur — das ist die Konsequenz des Betrugs vom „Eisernen Front!“ Die ehelichen SPD-Arbeiter müssen und werden aus den Klauen der „Eisernen Front“ mit Brüning und Groener befreit werden. Nur durch Einwirkung in die rote Einheitsfront unter Führung der KPD werden sie mitwirken an der Begrenzung der Kasperei und der Niederrichtung des Faschismus in Deutschland.

Zum KPD-Bezirksparteitag

Der am 25., 26. und 27. März in Leipzig stattfindende, nehmen nicht nur die unteren Organisationen der Kommunistischen Partei, die Betriebs- und Straßenzellen Stellung, sondern auch die Arbeiter in den Betrieben. Das ist der Beweis für die enge Verbundenheit der KPD als Führerin des Proletariats, mit den Betriebsarbeitern, die den Hauptteil der proletarischen Klassenfront darstellen. Neben den mehr als 1000 Delegierten der Parteimitgliedschaft, sind bereits eine Reihe von Betriebsdelegationen, die in Belegschaftsversammlungen gewählt wurden, gemeldet. So werden aus Dresden unter anderen Delegationen von der Reichseisenbahn, vom Straßenbahnhof Tolkewitz, vom Warenhaus Tieff usw. teilnehmen.

Diese Delegationen, die sich aus sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zusammensetzen, müssen in den nächsten Tagen durch die Wahl weiterer Delegationen aus den Metallbetrieben und Zigarettenfabriken ihre Verstärkung finden.

Veranlaßt deshalb Belegschaftsversammlungen. Nehmt Stellung zu dem Bezirksparteitag der KPD, der für die schließliche Arbeiterfront den konkreten Weg des Kampfes gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau, gegen die SPD, als Hauptstütze der Bourgeoisie, gegen faschistische Unterdrückungsmagnahmen und den nationalsozialistischen Arbeitermord beraten und festlegen wird.

Wählt sozialdemokratische und parteilose Arbeiter als Delegierte. Meldet die Delegationen an das Unterbezirksbüro der KPD, Columbusstraße 9.

Burgfrieden gilt nicht für Nazis!

Osteraufmarsch der SA in Braunschweig!

„Jugendlagung“ der Nazis mit SA-Transporten aus dem Reich. Aber Reichsjugendtag des KJVD fällt unter Belagerungszustand!

Braunschweig, 21. März. (Eig. Drahtbericht.) Während durch den von Hindenburg diktierten „Oster-Burgfrieden“ alle Demonstrationen der Arbeiter und selbst Kundgebungen in geschlossenen Räumen verboten sind, — wodurch besonders der Reichsjugendtag des KJVD betroffen wird — werden Ostern in Braunschweig die SA- und Jugendorganisationsleiter der Nazis aufmarschieren. Bereits jetzt werden in Braunschweig SA-Truppen aus dem ganzen Reich — u. a. auch aus Berlin, Magdeburg, Halle, Hannover und Frankfurt — zusammengezogen. Der Terror der SA-Banden kennt schon jetzt keine Grenzen, die Erregung der werktätigen Bevölkerung in Braunschweig ist ungeheuer.

Einen Sturm der Empörung muß diese Meldung in der Arbeiterschaft auslösen. Der Osteraufmarsch der Hindenburg-Groener wird von den Nazis legal ausgenutzt zur Organisation einer neuen Terroraktion. Während der 7. Reichsjugendtag des kommunistischen Jugendverbandes unter dem Burgfriedensdiktat gestellt wird, erfolgt gleichzeitig die Konzentration der SA legal unter dem Deckmantel eines „Jugendtages“. Die beispiellose Unverschämtheit, mit der die Hitlerbanden unter dem Protektorat „republikanischer“ Regierungen ihre Terroraufmärsche organisieren, kennzeichnet die Situation, die durch die „Eiserne Front“ mitgeschaffen wurde.

Der im Reichstag angenommene kommunistische Antrag auf Einleitung der Polizeiaussagen an Klages, Braunschweig, wurde von demselben Minister Groener ab acta gelegt, denn die SPD die Vertrauen ausspricht. Jetzt organisiert man in Braunschweig, gestützt auf die Gelder der Reichsregierung der „Eisernen Front“, eine neue Terroraktion unter dem Schutze des Belage-

rungszustandes der Brüning-Groener, der sich offensichtlich und eindeutig nur gegen die Arbeiterschaft, besonders aber gegen die kommunistische Partei und den kommunistischen Jugendverband richtet.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft und ihre Jugend, die in Braunschweig bereits ein Beispiel gab für die revolutionäre Abwehr des faschistischen Vordrängens, wird dafür Sorge tragen, daß die rote Einheitsfront während des „Burgfriedens“ auf der Wacht ist. Die nationalsozialistischen Schlingel der Regierungen der „Eisernen Front“ werden auf Granit beissen!

Öffentliche Anweisungen der BL Nr. 6

Die Parteiorganisation, jede einzelne Organisationsseinheit und jedes Mitglied muß nach kritischer Heberprüfung der im ersten Wahlgang geleisteten Arbeit sofort alle Vorbereitungsarbeiten für den zweiten Wahlgang treffen. Ueberall müssen unter Ausnutzung der gewonnenen Erfahrungen die Arbeitspläne ausgearbeitet werden und die Voraussetzungen für eine breite Massenmobilisierung getroffen werden. In Rundschreiben Nummer 4 und 5 und im Volkswort Nummer 7 finden die Zellen- und Ortsgruppenleitungen die näheren Anweisungen. In nachstehenden machen wir auf die wichtigsten Termine in der kommenden Kampagne aufmerksam.

Die Woche vom 20. bis 25. März
Innerparteiliche Heberprüfung aller schwachen Stellen, Festlegung der Heberpläne. Mobilisierung der Wahlkämpfergruppen, Kontrolle über die vorhandenen Wahlzettel, Sammelstellen usw. Sitzungen in den Zellen und Ortsgruppenleitungen und Aufstellung der besonderen Pläne. Die innerparteilichen Vorbereitungen müssen in dieser Woche reiflos durchgeführt werden.

Die Woche vom 26. März bis 2. April (Burgfrieden)
Organisation von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen und Versammlungen der Massenorganisationen, Durchführung von Generalsappellen, Fertigstellung aller Agitationsmaterialien, gute Vorbereitung der öffentlichen Veranstaltungen, Demonstrationen usw.

Die Woche vom 3. bis 10. April.

Versammlungssturm organisieren im ganzen Bezirk. Am 3. April roter Randsonntag, ab mittags 12 Uhr einleiten aller Kräfte, nachmittags in allen Dörfern öffentliche Versammlungen durchführen. Am 6. April in jedem Ort zum Antikriegstag eine Versammlung mit vorhergehender Demonstration. In dieser Woche muß jede Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung durchführen. Die Erwerbslosen sind besonders zu mobilisieren. In jedem Betrieb muß eine Belegschaftsversammlung stattfinden. Öffentliche Agitation, Werbeumzüge rechtzeitig vorbereiten, die Säle anmelden (besondere Anweisungen für diese Woche folgen).

Die Woche vom 11. bis 17. April
Letzte Vorbereitungswoche zum roten Volkswort, ähnliche Durchführung wie in der Woche vorauf. Jede Ortsgruppe trifft jetzt schon bestmögliche Mobilisierungsmagnahmen.

Achtung Bezirksparteitagsdelegierte!
Alle Ortsgruppenleitungen der Partei werden darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem heutigen Tage alle Delegierten zum Bezirksparteitag bei den Unterbezirksleitungen gemeldet sein müssen. Soweit das nicht geschehen ist, muß das am heutigen Tage noch nachgeholt werden, da sonst für ein Quartier nicht garantiert werden kann.

Bezirksleitung Gochsen der KPD

Streik in Rammgarnspinnerei Pfaffendorf, Leipzig

Vor kurzem kündigte die Direktion der Rammgarnspinnerei Pfaffendorf die Stilllegung der Seltaktor-Spinnerei an. Wie wir leiserzeit dazu bereits bemerkten, war das lediglich ein Vorwand zu dem Versuch eines neuen Lohnabbaues. Das hat die Seltaktor-Spinner einen Lohnabbau von 3,7 Prozent abgelehnt, außerdem sollte die monatliche Prämie von 18 Mark auf 16 Mark sinken.

Gegen dieses Anstehen der Direktion setzten sich die Seltaktor-Spinner zur Wehr.

In einer am Sonnabendvormittag stattgefundenen Kundgebung wurde nach eingehender Diskussion, in der der Parteiführer alle Kräfte der Demagogie sprang, sich in einer Streik zu verhandeln, dennoch mit überreicher Mehrheit in geheimer Abstimmung gegen nur 5 Stimmen der Streik beschlossen.

Die Direktion hat den Seltaktor-Spinner ein Ultimatum gestellt, bis zum 21. März die Arbeit zu den von ihr vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen, andernfalls auch die übrigen Spinnereien zur Entlassung kommen sollen.

Angeichts der Tatsache, daß ein neuer Lohnabbau bei der Textilien vorbereitet wird, gilt es die kämpfenden Seltaktor-Spinner in Pfaffendorf nicht allein zu lassen, sondern sie zu ihnen solidarisch erklären.

Das amtliche Wahlergebnis

Der Reichswahlprüfungsausschuss gibt folgendes Resultat des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl bekannt:

Hjalmar: 4 882 839 Stimmen = 13,2 Prozent, Hindenburg 18 684 600 Stimmen = 49,6 Prozent, Hitler: 11 341 931 Stimmen = 30,1 Prozent, Duesterberg: 2 558 830 Stimmen = 6,8 Prozent, Winter: 111 456 Stimmen = 0,3 Prozent.

Das Ergebnis in den drei (schließen) Wahlkreisen ergibt folgendes Bild:

Hjalmar: 528 969 Stimmen = 16,04 Prozent, Hindenburg 1 490 738 Stimmen = 45,22 Prozent, Hitler: 1 068 191 Stimmen = 32,46 Prozent, Duesterberg 169 710 Stimmen = 5,15 Prozent, Winter: 14 822 Stimmen = 0,45 Prozent aller Stimmen. In den roten Arbeiterwahlbezirken wurden in Gochsen alle 28 Stimmen mehr Stimmen als im Reichsdurchschnitt abgegeben.

Der kommunistische Vorkandidat in Preußen zeigt sich in der Gegenüberstellung folgenden Zahlen: Die kommunistische Partei erhielt bei den Landtagswahlen 1925 ca. 2 200 000 Stimmen, bei der Reichstagswahl 3 141 517 Stimmen, bei der Präsidentschaftswahl 3 724 657 Stimmen.

Auch diese Zahlen müssen ein Signal zu entschlossener Mobilisierung unserer Mobilisierungsmagnahmen sein. Der Erfolg der KPD muß seinen noch deutlicheren Ausdruck beim zweiten Wahlgang am 10. April, beim roten Volkswort in Gochsen am 17. April und bei den Preußenwahlen am 24. April finden!

Wahlrechtsraub verhöhnt!

Der konterrevolutionäre Plan, den Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heranzulieken, ist einseitig verabschiedet. Durch den Druck der eigenen Jungwähler und im Hinblick auf die kommenden Reichswahlen wogte die Sozialdemokratische Partei nicht, dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Heranzulieken des Wahlalters zuzustimmen. Da infolgedessen die revolutionäre Zweidrittelmehrheit im Landtag nicht erreicht wird, kommt der Antrag einseitig überhaup nicht zur Abstimmung; er wird zurückgestellt bis zu dem Zeitpunkt, wo die SPD glaubt, ohne diesen strengen Raub an den Jungwählern eintreten zu können.

Jungproleten, aufgepaßt! Der Kampf um unser Wahlrecht geht weiter! Es gibt nur eine Organisation, die für unser Wahlrecht und damit gegen den niederträchtigen Raub der schließlichen Konterrevolution kämpft: das ist die kommunistische Partei und mit ihr der kommunistische Jugendverband!

77 Millionen Steuergroschen für bankrotte Schiffahrtsgesellschaften

Hapag und Norddeutscher Lloyd werden mit Reichsmitteln saniert. Löhne und Unterstützungssätze werden abgebaut

Die Reichsregierung hat gestern beschlossen, den deutschen Schiffahrtsgesellschaften 77 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Von diesen Krediten entfällt der Löwenanteil, etwa 70 Millionen an die beiden größten Schiffahrtsgesellschaften Ha-

pag und Norddeutscher Lloyd. Die Verluste bei beiden Gesellschaften sind derzeit riesenhaft, daß die Reichsregierung Kapital zusammengelegt werden muß.

Nach den Schätzungen bürgerlicher Zeitungen beträgt der Verlust bei der Hapag 185 Millionen und beim Norddeutschen Lloyd 180 Millionen Mark. Durch die Regierungsmagnahmen sollen die Schiffahrtsgesellschaften wieder saniert werden.

Nach der Sanierung der Banken folgt die Sanierung der Schiffahrtsgesellschaften. Alles auf Kosten der werktätigen Steuerzahler! Für bankrotte Kapitalisten ist immer Geld abzufinden aber Löhne und Unterstützungssätze werden ständig abgebaut. Eine neue Notverordnung zum Abbau der Unterstützungssätze ist in Arbeit. Eine neue Lohnabbauwelle soll demnächst folgen. Wollen die hungernden und ausgebeuteten Massen noch alle Lasten der Armut auf ihre Schultern abwälzen lassen?

Kämpft gegen jeden Abbau von Löhnen und Unterstützungssätzen! Kämpft für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der KPD und der SPD, und damit für höhere Löhne und bessere Unterstützungssätze. Falls nicht auf das neue Betrugsmanöver der KPD mit dem „Arbeitskongress“ hinein, durch den die abgebauten Löhne und Unterstützungssätze wieder heraufgehoben werden soll, in den Betrieben und an den Streikplätzen die rote Einheitsfront zum Kampf um eure Forderungen heraufstellen.

Wählt in Betriebs- und Verbandsobermagnahmen Delegationen zum „Arbeitskongress“ die dort Abrechnung halten mit der Arbeiterpolitik, der Streikbrecherität und den Vermögensübernehmern, der Gewerkschaftshierarchie. Antwortet auf das neue Betrugsmanöver der SPD und Gewerkschaftsführer mit der Sanierung der roten Einheitsfront und der sofortigen Kampf-